



„Realitäten werden verkannt“

Claudia Labisch, für die Leibniz-Gemeinschaft in Brüssel, appelliert an die EU, nationale Besonderheiten stärker zu berücksichtigen und die Bedeutung der Grundlagenforschung nicht zu unterschätzen.

duz Was muss man wissen, um sich im Brüsseler Betrieb zurechtzufinden?

Labisch Man benötigt einerseits einen langen Atem und muss andererseits sehr schnell agieren. Neue Initiativen und Maßnahmen der Europäischen Union benötigen oftmals Jahre, bis sie umgesetzt werden können. Gleichzeitig muss man die sich bietenden Möglichkeiten erkennen und oft schnell handeln, um die Interessen der eigenen Organisation erfolgreich vertreten und politische Prozesse mitgestalten zu können.

duz Was missfällt Ihnen in Brüssel?

Labisch Den europäischen Eliten gelingt es offenbar nicht mehr, die Menschen für die Europäische Union zu begeistern. Was „Brüssel“ umtreibt, verkennt häufig die Realitäten unserer Gesellschaften. Auch wenn viele Initiativen Europa und seinen Bürgern wichtige Errungenschaften bringen, ist es nötig, mehr Rücksicht auf unterschiedliche Gegebenheiten in den Nationalstaaten und ihren Regionen zu nehmen.

duz Was versöhnt Sie mit Brüssel?

Labisch Die Antwort auf diese Frage hat für mich zwei Aspekte: Ungeachtet der derzeit anscheinend weit

verbreiteten Europa-Skepsis glaube ich nach wie vor an die friedensstiftende Wirkung des europäischen Projektes, auch sechzig Jahre nach Unterzeichnung der Gründungsverträge von Rom. Der andere Aspekt ist, dass ich es sehr bereichernd finde, in Brüssel mit Kolleginnen und Kollegen aus so vielen Ländern und unterschiedlichen Kulturkreisen zusammenarbeiten und mich austauschen zu können.

duz Wo sehen Sie dringenden Handlungsbedarf?

Labisch Die Debatte über die Ausgestaltung des von 2021 an gültigen Forschungsrahmenprogramms ist bereits in vollem Gange. So sehr ich den Ruf nach einer Forschungspolitik verstehe, die unmittelbar für mehr Wachstum und Beschäftigung sorgen soll – viele Innovationen werden erst durch die Ergebnisse der Grundlagenforschung ermöglicht. Deshalb müssen die politischen Entscheidungsträger, ob in den EU-Institutionen, Berlin oder anderen Hauptstädten, dafür Sorge tragen, dass Europa Grundlagenforschung in transnationalen Verbundprojekten von 2021 an wieder stärker fördert.

Protokoll: Dr. Angela Lindner

Claudia Labisch

Die ausgebildete Dolmetscherin und Übersetzerin arbeitet seit einundzwanzig Jahren in Brüssel, seit neun Jahren leitet sie das Europa-Büro der Leibniz-Gemeinschaft.

EU setzt Ungarn weiter unter Druck

BRÜSSEL Die Europäische Kommission hat den zweiten Schritt des Vertragsverletzungsverfahrens gegen Ungarn eingeleitet wegen des Gesetzes über aus dem Ausland finanzierte Nichtregierungsorganisationen. Hochschulen, die unter diese Regelung fallen, dürfen seit April in Ungarn nur noch dann Abschlüsse vergeben, wenn sie auch in ihrem Herkunftsland einen Lehrbetrieb unterhalten. Mit dieser gesetzlich verankerten staatlichen Kontrolle versucht Ungarns Premier Viktor Orbán nach Ansicht von EU-Gremien und Hochschulpolitikern insbesondere die Schließung der international angesehenen Budapest Privatuniversität Central European University (CEU) des US-amerikanischen Investors George Soros durchzusetzen (duz MAGAZIN 04/2017, S. 36). Allerdings hat die CEU nun mit dem Bard College eine Absichtserklärung unterzeichnet, wonach das College an seinem US-Sitz in New York einen CEU-Campus betreiben wird.

Neuer Verhaltenskodex für EU-Mitglieder

BRÜSSEL EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat strengere Ethikregeln für auscheidende Kommissionsmitglieder sowie einen unabhängigen Ethikausschuss angekündigt. Juncker hatte 2016 geäußert, die Karenzzeit von 18 auf 24 Monate für Kommissionsmitglieder und auf 36 Monate für Kommissionspräsidenten erhöhen zu wollen, während der die Kommission über eine geplante neue Beschäftigung, etwa Lobbyarbeit, informiert werden soll. Der neue Verhaltenskodex soll zudem künftig nicht nur einen „Interessenkonflikt“, sondern auch den „Eindruck eines Interessenkonflikts“ definieren und durch den einzurichtenden Ethikausschuss prüfen lassen.